



Sozialdemokratische Partei
Kanton Uri

Medienmitteilung

Altdorf, 18. Februar 2021

Eidgenössische Abstimmungen vom 7. März 2021

SP Uri beschliesst dreimal die Nein-Parole

Die SP Uri hat zum zweiten Mal online ihre Parolen gefasst. 65 Mitglieder nahmen daran teil. Die SP Uri empfiehlt, alle drei Eidgenössischen Vorlagen vom 7. März 2021 abzulehnen.

Nach dem Erfolg im November 2020 hat die Geschäftsleitung der SP Uri ihre Mitglieder erneut zur Online-Parolenfassung eingeladen. 65 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nahmen daran Teil und legten auf diesem Weg die Parteimeinung für die drei eidgenössischen Vorlagen vom 7. März 2021 fest. Nahm bei der ersten Onlineumfrage rund ein Drittel aller Urner SP-Mitglieder teil, lag die Zahl der Teilnehmenden diesmal noch höher. Erneut konnten die Mitglieder nicht nur ihre Stimme zu den drei Vorlagen vom 7. März 2021 abgeben, sondern ihren Entscheid auch kommentieren.

Grosse Ablehnung der „Burka-Initiative“

Die Volksinitiative „Ja zum Verhüllungsverbot“, die sogenannte „Burka-Initiative“, wird mit 89.2 Prozent Nein-Stimmen zur Ablehnung empfohlen. 4.6 Prozent waren dafür, 6.1 Prozent entschieden sich für Stimmenthaltung oder Stimmfreigabe.

Wie sich in den Kommentaren zeigt, bewegt die Vorlage und eine Entscheidungsfindung war nicht immer einfach. So wurde zum Beispiel betont, dass die vom der SVP nahestehenden Egerkinger-Komitee lancierte Initiative kein einziges Problem löse, sondern nur dazu diene, weiter Hass gegen Musliminnen und Muslime in der Schweiz zu schüren. Dass Kleidervorschriften in der Verfassung verankert werden sollen, wurde ebenfalls kritisiert. Es sei traurig, dass man überhaupt über so ein Thema abstimmen müsse, lautete ein weiterer Kommentar.

Staatliche Aufgabe nicht Privaten überlassen

Auch das Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste (e-ID) wird von den Urner Sozialdemokratinnen und –demokraten abgelehnt. 86.2 Prozent waren dagegen, 12.3 Prozent dafür. Kritisiert wurde, dass eine sensible und staatliche Aufgabe privaten Firmen überlassen werden soll. Dass in dieser Sache wohl noch nicht das letzte Wort gesprochen ist, fasste ein Kommentar so zusammen: „Die e-ID ist die Zukunft.“ Die SP Uri bleibt aufmerksam und wird die kommenden Diskussionen mit Spannung verfolgen.

Kein Freihandelsabkommen mit Indonesien

Weniger deutlich abgelehnt als die ersten zwei Vorlagen wird der Bundesbeschluss über die Genehmigung des Umfassenden Wirtschaftspartnerschaftsabkommens zwischen den EFTA-Staaten und Indonesien. 70.8 Prozent lehnen die Vorlage ab, 23.1 Prozent sind dafür, 6.1 Prozent sind für Stimmenthal-



tung oder Stimmfreigabe. Auch wenn die Vorlage von einer Mehrheit abgelehnt wird, gab es wie bei der Parolenfassung der SP Schweiz auch in Uri positive Kommentare. So war zum Beispiel vereinzelt von einem zwar nicht perfekten Abkommen aber von einem Anfang die Rede, mit dem in Indonesien etwas bewegt werden könne. Für eine Mehrheit war aber klar, dass es kein Freihandelsabkommen mit Indonesien braucht, weil die Verwendung und der Import von Palmöl generell bekämpft werden soll. Zudem ist es nach Ansicht der SP Uri höchst problematisch, dass Indonesien auf das Freihandelsabkommen hin Arbeitsrecht- und Umweltschutz-Vorschriften in erster Linie investorenfreundlich gestaltet hat. Dies zu Ungunsten von Mensch und Umwelt.

Fragen von Medienschaffenden beantwortet: Walter Infanger (Telefon 078 940 02 67)